

**Beschlossene Anträge an die 140. Landesdelegiertenkonferenz der
Landeschüler*innenvertretung NRW**

APO1: APO Entwurf

Antragstellend: Landesvorstand

Antragstext:

Präambel

Die Welt steckt im Krisenmodus; Kriege, Klimakrise, ein Erstarren des Faschismus. Die weltpolitischen Themen sind Themen im Alltag von Schüler*innen, doch nur selten im Schulalltag. Angesichts der komplexen Herausforderungen sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene ist es unerlässlich, dass wir uns für eine gerechte, inklusive und nachhaltige Bildungs- und Gesellschaftspolitik einsetzen. Wir Schüler*innen müssen dafür politisiert und vernetzt sein, dafür braucht es eine starke Basisarbeit. Nur durch ein inklusives und faires Bildungssystem können junge Menschen auf die Probleme und Krisen der Zeit vorbereitet werden.

Basisarbeit

Für die Arbeit der LSV sind politische und kritische BSVen und SVen unabdingbar. SVen sollen die Stimme junger Menschen sein und in ihrer politischen Teilhabe gestärkt werden.

Um als politische Kraft ernstgenommen zu werden, ist es notwendig, dass SVen nicht die netten Menschen vom Kuchenverkauf sind, sondern ein Organ der Politisierung, nicht nur in schulbürokratischen Fragen, sondern vor allem in Bezug auf tagesaktuelle Debatten und grundsätzliche gesellschaftliche Themen, die Schüler:innen direkt betreffen.

Dabei geht es nicht darum, sich in freundlichen Gesprächen dem Schulministerium anzubiedern, sondern kämpferischen Protest zu organisieren, denn die politische Macht liegt auf der Straße!

Deswegen ist es besonders wichtig, dass SVen kein geschlossener Kreis von gewählten Vertreter:innen sind, sondern offen für alle interessierten Schüler:innen, da diese die notwendige aktivistische Basis bilden. Die Mobilisierung dieser muss auch für die BSVen der Fokus ihres Aktivismus sein, dabei kann Finanzierungsbürokratie nur Mittel zum Zweck und niemals Selbstzweck sein.

Für die praktische Umsetzung dieser Ziele ist es Voraussetzung, dass alle BSVen sich als aktiven Teil der LSV verstehen. Somit gilt dieses Arbeitsprogramm nicht als Auftrag für den Landesvorstand, sondern muss von allen BSVen entsprechend ihrer Ressourcen in politische Praxis umgesetzt werden. Schlussendlich ist die LSV eine Vereinigung, um Schüler:innen eine Stimme sowie eine politische Perspektive zu bieten und nicht ein Zusammenschluss von einzelnen BSVen, die ausschließlich autonom handeln. Denn nur wenn wir zusammen kämpfen, können wir unsere Forderungen durchsetzen!

Arbeitsaufträge:

- LSV-Kampagne „Bildungsprotest“ fortführen, weitere Demos organisieren und Schüler:innen mobilisieren
- BSVen beim Aufbau und der Arbeit vor Ort unterstützen:
 - Über SVen oder Verwaltungsstellen aktiv auf Bezirke ohne BSVen zugehen
 - Regelmäßig stattfindende BSV-Basistreffen

- Regelmäßige Besuche der BeVoSien
- Unterstützung bei der Politisierung von SVen und BSVen durch Workshops auf BDKen
- Mindestens viermal in der Legislatur Regiorunden mit den BSVen
- Unterrepräsentierte Schulformen weiter einbinden
- Diskussion von Grundpositionen/Grundsatzprogramm (z.B.: mehrtägig mit Schüler:innen und Delegierten, evtl. mit Kooperationspartner:innen)
- Regelmäßige Seminartage, beispielsweise BSV-Tage

Bildungsprotest

Am 13.03.2024 fand der landesweite Bildungsprotest der LSV NRW statt, bei dem Investitionen, Umgestaltung und Mitbestimmung gefordert wurden. Tagtäglich sehen wir in unseren Schulen kaputte Toiletten, bröckelnde Wände, massiven Lehrkräftemangel, enormen Leistungsdruck sowie das Ignorieren von Schüler*innen-Meinungen. Das ist ein Zustand, der nicht mehr tragbar ist.

Schulministerin Feller hat das Engagement der Schüler*innen zwar offiziell begrüßt, nun sollte allerdings konkret etwas geändert werden. Wenn Sie es also ernst meinen würde, was sie sagt, müsste ein Demonstrationsrecht für Schüler*innen während der Schulzeit eingeräumt werden. Dass dies bisher noch nicht passiert ist, lässt vermuten, dass es bei Lippenbekenntnissen und Heuchlerei bleiben wird, und dass die Meinungen der Schüler*innen in der Politik kaum gehört werden und sie nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden. Junge Menschen haben es verdient, gehört zu werden, was ihnen bislang oft verwehrt wurde. Die Grundlage der Wirkmacht der LSV NRW liegt auf der Straße, um gehört zu werden, müssen wir zu Mitteln greifen wie dem landesweiten Bildungsprotest. Die LSV NRW muss weiter protestieren, damit das Schulsystem und damit unsere Zukunft nicht weiter in die Katastrophe steuert.

Arbeitsaufträge:

- Bildungsprotest fortführen
- kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel in Form von Social-Media-Beiträgen)
- kontinuierliche Kommunikation der Forderungen an Politik und Presse
- Teilnehmer*innen des Bildungsprotests weiter an die LSV und die BSVen binden
- Ergänzung der Forderung Streikrecht für Schüler*innen

Unterrichtsgestaltung

Der Schulalltag ist geprägt von Frontalunterricht, doch das passive Lernen für viele Schüler*innen wenig effektiv. Unterrichtsformen müssen aktiv verändert werden. Es braucht dringend kleinere Klassen und eine höhere Personaldecke, um zunkunftsfähigen Unterricht zu ermöglichen. Wir bleiben bei unserer Forderung, doppelt so viele Lehrkräfte, bei halber Klassengröße. Getreu den Globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, braucht es Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Dafür sind alternative, projektbezogene Unterrichtsformen mit Realbezug unabdingbar. Auch der Klassenraum stellt nicht die beste Umgebung zum Lernen dar. Wann immer möglich, muss der Klassenraum verlassen, wann immer sinnvoll das Schulgelände verlassen werden. Damit Schule auf ein demokratisches Leben in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen vorbereiten kann, muss Bildung woanders stattfinden, im echten Leben.

Arbeitsaufträge:

- Vermittlung für diese Mindestanforderungen mit Politik, Öffentlichkeit und anderen Entscheidungsträger*innen zu betreiben
- Ausarbeiten einer Position zu dem Bildungsziel 4 und BNE
- Workshops oder eine Themenausrichtung auf einer LDK
- Resolution zu Themen, wie Unterrichtsgestaltung, Unterrichtsinhalte, Schulabschlüsse und Demokratiefähigkeit erarbeiten
- Austausch mit bildungspolitischen Akteuren, die zum Schwerpunkt BNE arbeiten
- Überarbeitung / Ergänzung der Abschnitte im Grundsatzprogramm

Bildungsbegriff und Ziel

Die LSV NRW fungiert als Interessensvertretung der Schüler*innen des Landes Nordrhein-Westfalen. In dieser Funktion ist es ihre Aufgabe, entsprechend zu handeln. Dies impliziert, dass die Interessen der Schüler*innen für die LSV und insbesondere den Landesvorstand von höchster Relevanz sein müssen. Es obliegt der LSV NRW, die Interessen der Schüler*innen konsequent zu vertreten und sich dabei von keinerlei Einflussnahme beeinflussen zu lassen. Wir stehen uneingeschränkt und ohne Wenn und Aber für die Interessen der Schüler*innen ein und nehmen keine vermittelnde Rolle ein. Wir müssen erreichen, dass wir uns als Schüler*innen als eine Gruppe begreifen, die geschlossen für ihre Interessen einsteht

Um zu eruieren, welche Maßnahmen im Interesse der Schüler*innen des Landes Nordrhein-Westfalen zu ergreifen sind, ist es erforderlich, einen gemeinsamen Bildungsbegriff zu definieren. Zudem muss diskutiert werden, welche Funktion Schule erfüllen sollte und wie sie diese erfüllen kann. Auch ist unser Ziel Bildung wieder als eigenes Problem und Aufgabe zu verstehen, dass nicht für jedes andere Problem als 'Allheilmittel' angeführt wird. Auf diese Weise wird eine Grundlage geschaffen, die es der LSV ermöglicht, inhaltlich und strategisch sinnvoll für die Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen einzutreten.

Arbeitsaufträge:

- Zusammen mit den BSVen fundiert einen Bildungsbegriff und Position zu Funktion von Schule erarbeiten.
- Einen Antrag an das Grundsatzprogramm schreiben, mit dem die erarbeiteten Auffassungen ins Grundsatzprogramm eingepflegt werden.
- Auf einer LDK den Antrag an das Grundsatzprogramm, auch in Form von Workshops breit diskutieren, beraten und abstimmen.

Anti-Militarismus

Während wir unseren Schulalltag bestreiten, sterben tagtäglich in anderen Teilen der Welt Menschen, explizit eben Schüler*innen in Kriegsgebieten. In vielen Teilen der Welt werden Kriege geführt, doch diese werden in Deutschland unterschiedlich wahrgenommen. Die Klassifizierung von Flüchtenden ist rassistisch. Die Tatsache, dass Kriege wie der Ukraine-Krieg Thema in Schulen sind, der Krieg im Kongo zum Beispiel aber nicht, zeigt, dass auch in der Wahrnehmung der Konflikte in der Welt rassistische Unterschiede gemacht werden. Der Punkt, dass aus europäischer Sicht wichtig eingestufte Kriege mit einer drohenden Wehrpflicht reagiert wird, macht deutlich, dass die Gefahren dieser als wichtiger und akuter erscheinen, als die in anderen Bereichen der Welt.

Der seit Februar 2022 tobende Krieg zwischen Russland und dem Westen auf dem Territorium der Ukraine stellt eine militärische Großauseinandersetzung dar, wie es sie mindestens seit 1990 in der Welt nicht mehr gab. Anders als die für die betroffenen

Menschen nicht weniger grausamen Kriege im Kongo, im Jemen oder in Kurdistan, hat der "Ukraine-Krieg" das Potential, kurzfristig in einen offenen Weltkrieg umzuschlagen. Selbst wenn uns das hoffentlich vorerst erspart wird, greift die Vorbereitung auf einen solchen Krieg schon heute massiv in den Schulalltag ein. Dies zeigt sich an Forderungen z.B. der Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger, der Forderung nach mehr Einsätzen der Bundeswehr in Schulen sowie der Drohung mit Kürzungen im sozialen Bereich, um Ressourcen für die Aufrüstung zu beschaffen.

Der schmerzhaften Tatsache, dass weltweit Schüler*innen (und andere Menschen) sterben, stehen Regierungen gegenüber, welche in der öffentlichen Debatte fordern, Schüler*innen auf den Kriegsfall vorzubereiten. Auch die Präsenz von Jugendoffizieren, also Referent*innen, die versuchen, Schüler*innen von der Bundeswehr und damit vom Krieg zu überzeugen, soll stark erhöht werden. Diese lassen bei ihren Vorträgen aus, dass der Beruf als Soldat*in kein normaler Beruf ist, sondern mit dem Töten und Getötet-Werden verbunden ist. Schüler*innen, die keine differenzierte Aufklärung über die Bundeswehr erhalten, verbleiben dann mit den einseitigen Informationen. Statt die Soldaten und potenziellen Kriegstoten von morgen in unseren Schulen zu rekrutieren, sollte man sich mit Sorgen und Ängsten der Schüler*innen befassen. Viele Schüler*innen kommen selbst aus Kriegs- oder Krisengebieten. Sie müssen Raum bekommen, eigene Traumata aufzuarbeiten, um eine qualitativ sinnvolle Teilnahme am Unterricht sicherzustellen. Seit Jahren kritisieren wir das Auftreten der Bundeswehr an Schulen, aber auch die drohende Wehrpflicht. Doch durch aktuelle Entwicklungen ist es allerdings aktueller denn je, die Bundeswehr zu kritisieren. Durch zu volle Lehrpläne haben Lehrkräfte keine Zeit, um aktuelle Themen, Krisen oder Kriege zu thematisieren, dabei kann man genauso Schüler*innen erklären, wie eben diese entstehen. Allerdings sollten mehr externe Referent*innen für solche Auseinandersetzungen eingeladen werden, da Lehrkräfte teils nicht das ausreichende Wissen über die komplizierten Konflikte haben. Und zum Beispiel, geschichtlich auf die Schlichtung der Krisen und Kriege zu schauen, kann helfen zu verstehen, wie man diese heute löst.

Arbeitsaufträge:

- Grundsatzprogramm um diesen Themenblock ergänzen und genauere Position durch externe Beratung und Weiterbildung erarbeiten
- Materialkoffer zur Thematik erarbeiten und anschaffen

- Demonstrationen und Aktionen gegen Aufrüstung unterstützen
- Diskussionsformat mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. Pro Asyl) zum Thema Flucht
- Direkte Intervention gegen drohende Abschiebungen von Schüler*innen in NRW mit Protestaktionen
- Auseinandersetzung mit drohender Wehrpflicht und ggf. einen WS auf einer LDK

Klassismus

Aktuell ist jedes fünfte Kind in Deutschland armutsgefährdet. Der sozio-ökonomische Hintergrund eines Kindes hat noch immer erhebliche Auswirkungen auf die soziale Teilhabe und auf den Bildungsabschluss. Aktuelle Sozial- und Bildungspolitik verhindert Chancengleichheit aktiv.

Die Reproduktion der sozio-ökonomischen Schicht basiert zu einem großen Teil auf dem selektiven Schulsystem. Durch die Einteilung in verschiedene "Leistungsstufen"

werden Schichten vereint, denn die Schule schafft es aktuell nicht die Nachteile der Schüler*innen mit sozio-ökonomischen Hintergrund, welche z.B. in fehlender Hilfe bei Hausaufgaben auftreten, auszugleichen. Wie das Schulleben gestaltet werden kann, hängt oft von den finanziellen Ressourcen des Elternhauses ab. Ob ein Kind an der Klassenfahrt oder dem Abiball teilnehmen kann und wie man die Freizeit nach der Schule gestaltet, wird von diesen bestimmt. Dadurch sind diese Kinder und Jugendliche oft auch von Mobbing betroffen.

Arbeitsaufträge:

- Gemeinsame Zielsetzung und Vernetzung mit anderen Jugendorganisationen
- (Erarbeitung einer Kampagne)
- PMs und eine Resolution zum Thema IGGS

Antifaschismus

Die LSV NRW verurteilt jegliche Form der Diskriminierung und des Faschismus, dabei lehnt sie alle Gesetze, politische Entscheidungen und Parteien ab, die diese fördern.

Diskriminierung macht vor dem Schultor keinen Halt und lässt betroffene Schüler*innen mit mentaler Belastung zurück, welche kaum aufgearbeitet wird, da Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen fehlen.

Folglich sehen wir hinsichtlich der Antidiskriminierungsarbeit große Lücken.

So ist es mehrfach belegt, dass Schüler*innen mit Migrationshintergrund nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen im Bildungssystem haben. Die Strukturen des Bildungssystems sind ungerecht und das insbesondere für schon generell benachteiligte Schüler*innen. Nicht nur die Selektion nach der vierten Klasse, bei der Schüler*innen mit Migrationshintergrund statistisch gesehen schlechtere Chancen auf einen höheren Abschluss haben als weiße Schüler*innen, zeigt, dass der Rassismus systematisch und institutionell begründet ist.

Dass marginalisierte bzw. benachteiligte Schüler*innen durch ihre Mitschüler*innen und Lehrkräfte offenen, aber vor allem auch vermehrt strukturellen Rassismus erleben, ist bitterer Teil ihres Schulalltags, mit dem sich die meisten Schüler*innen alleine fühlen.

Sicherere Räume zum Austausch dieser Rassismus-Erfahrungen fehlen in den meisten Schulen schlichtweg.

Die aktuelle Entwicklung der „Alternative für Deutschland“ macht die Aktualität des Faschismus deutlich. Mit ihrem aggressiven, spalterischen sowie hetzerischen Auftreten versteht es die Partei, besonders in den sozialen Medien mit propagierenden Inhalten Hass zu säen. Wir als LSV NRW müssen uns in der Verantwortung sehen, einen Online-Auftritt sicherzustellen, indem wir uns diesem Hass mit Aufklärung durch Fakten entgegenstellen. Es ist notwendiger und akuter denn je, gegen Rechts einzustehen und aufzustehen, um sich selbst oder Mitschüler*innen zu schützen.

Arbeitsaufträge:

- Aufklärung (z.B. Geschichte des Faschismus, Auswirkung, Bedeutung,...) in Form von zum Beispiel Workshops auf LDKen/BSV-Tagen/Schulen, Beiträge in den sozialen Netzwerken
- Einbettung in den (Geschichts-) Unterricht
- Gedenkposts
- Teilnahme an Gedenkveranstaltungen
- Teilnahme an Antifaschismus-Demos
- Weitere Forderung in der Weiterführung des Bildungsprotests
- Resolution zum Thema Schulsozialarbeit
- Online-Auftritt verstärken mit inhaltlichen

Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise bringt verheerende Auswirkungen wie Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Naturbrände, ...) und steigende Meeresspiegel mit sich, dies gefährdet Leben und Lebensgrundlagen, während Großkonzerne im globalen Norden weiterhin ihren Profit maximieren. Die Politik muss das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreichen, Deutschland schafft dies, Studien zufolge, nicht. Schulen tragen durch Ressourcenverschwendung und unzureichende Aufklärung zur Krise bei. Dies hat die Folge, dass mehr als jede*r Zweite*r zwischen 16 und 25 Jahren unter Zukunftsängsten leidet. Wie soll eine Motivation zum lernen existieren, wenn es keine Zukunft gibt? Es ist dringend erforderlich, das Bewusstsein für Klimaschutz zu stärken und strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Arbeitsaufträge:

- Workshop zum Thema Klimagerechtigkeit auf einer LDK (Ideenentwicklung, welche Projekte organisiert und umgesetzt werden könnten)
- Beteiligung und Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen (z.B. Demo Organisation, Demo Besuche, Projektentwicklung,...)
- Politischer Druck (z.B. durch die Kooperation einer Petition anschließen, Pressemitteilung)

Sexualisierte Gewalt

Im System Schule ist die aktuelle Lage geprägt von Geschlechterstereotypen und Geschlechterrollen, Sexismus und sexueller Belästigung. FLINTA* (Frauen, Lesben,

Intersexuelle, Nichtbinäre, Transpersonen, Agender) Personen werden in Rollen gedrängt, erleben strukturellen Sexismus, sind täglich von sexistisch internalisierten Verhaltensweisen sowie sexualisierter Gewalt betroffen.

Deswegen ist Antisexismus in Schulen unerlässlich, um eine gerechte und respektvolle Gesellschaft zu fördern. Indem Schüler*innen, aber auch Lehrkräfte über Geschlechterstereotypen, Sexismus und sexuelle Belästigung aufgeklärt werden, können sie ein Bewusstsein für Gleichberechtigung und Respekt entwickeln. Zudem sollte über sexistische Strukturen aufgeklärt werden, sowie feministische Geschichte.

Arbeitsaufträge:

- Workshops zum Thema Schutzkonzept an meiner Schule anbieten
- Feminismus LDK
- eigenes Schutzkonzept ständig aktuell halten
- Überarbeitung und Aktualisierung des Geschlechterstatuts der LSV NRW
- Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel Informationsposts

In dem Bewusstsein, dass wir als Schüler*innen eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Zukunft spielen, nehmen wir diese Verantwortung wahr und setzen uns entschlossen für eine gerechte und nachhaltige Welt ein.

Deflexibilisierung

Seit vielen Jahren ist es das erklärte Ziel der Regierungen, das Schulsystem landes- und bundesweit zu vereinheitlichen. Die LSV ist der Meinung, dass eine Standardisierung des Bildungssystems kontraproduktiv ist.

Noten schaffen bereits im Konzept keine vernünftige Vergleichbarkeit, weil anders als angestrebt primär Motivation bewertet wird. Noten sind in hohem Maße subjektiv, außerdem führen sie bei Schüler*innen schnell zu Enttäuschungen, die ihre Motivation stark verringern. Statt Schüler*innen in Raster zu drängen, sollten Kompetenzen nachhaltig vermittelt werden. Zudem lernt nicht jede*r gleich schnell oder auf die gleiche Art und Weise, weshalb eine Deindividualisierung fatal ist und Wissen und Kompetenzen stets angepasst gelehrt werden müssen. Die Bewertung der Fähigkeiten sollte Aufgabe derer sein, die sie anfordern, also den Betrieben und Universitäten.

Entsprechend sollten keine Bemühungen angestellt werden, die Bewertung zu zentralisieren. Stattdessen könnte die KMK beispielsweise bedarfsgerechte Qualitätsstandards bzgl. Personal, Finanzierung und Ausstattung für Bildung bundesweit durchsetzen, damit Bildung fairer wird und Deutschland seine aktuell vernichtenden Statistiken bezüglich Qualität der Bildung und Selektion ausgleicht.

Arbeitsaufträge:

- Öffentlichkeitswirksamer Kampf gegen die weitere Zentralisierung von Abschlüssen
- Einsetzen für eine schrittweise Abschaffung des Notensystems gemäß GPO
- mindestens an einem Termin mit Frau Ministerin darüber sprechen
- Leuchtturmschulen fordern, an dem das Konzept (siehe GPO) umgesetzt wird

- Petition mit Unterschriftenliste erstellen

In dem Bewusstsein, dass wir als Schüler*innen eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Zukunft spielen, nehmen wir diese Verantwortung wahr und setzen uns entschlossen für eine gerechte und nachhaltige Welt ein.

Begründung: erfolgt mündlich

A2: Perspektiven für die Arbeit auf Bundesebene

Antragsstellend: Der Landesvorstand

Antragstext: Die 140. LDK möge folgende Feststellungen und Arbeitsaufträge beschließen:

Ein Beitritt zur Bundesschülerkonferenz ist für die Landesschüler*innenvertretung NRW zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Der Landesvorstand ist weiterhin durch Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit auf der Bundesebene präsent, um auch dort die Interessen der Schüler*innen NRWs zu vertreten.

Der Landesvorstand bleibt im Austausch mit anderen Schüler*innenvertretungen auf Landesebene. Sofern Bestrebungen zur Gründung bzw. grundsätzlichen Neustrukturierung einer Schüler*innenvertretung auf Bundesebene konkreter werden, beteiligt sich der Landesvorstand ergebnisoffen an diesen. Sollten konkrete Konzepte entstehen, werden diese in ausreichendem Umfang auf der folgenden Landesdelegiertenkonferenz besprochen und ein weiteres Vorgehen abgestimmt.

Begründung: Obwohl wir kein Mitgliedsland der Bundesschülerkonferenz sind, haben Landesvorstandsmitglieder offiziellen und inoffiziellen Kontakt zu Gremienmitgliedern verschiedener Mitgliedsländer der Bundesschülerkonferenz. Uns wird berichtet, dass mehrere Schüler*innenvertretungen auf Landesebene die Strukturen und Tagungen als ineffizient und nicht zielführend bezeichnen und sich deswegen mehr oder weniger akut mit ihrem Austritt beschäftigen.

Das bestärkt uns nicht nur in unserer bisherigen Position, nicht beizutreten, sondern wirft auch andere Fragen auf. Es gibt erste konkrete Überlegungen zu alternativen Lösungen, die wir mit einem, auf Wunsch nicht zu nennenden, Bundesland besprechen konnten.

Als größte Schüler*innenvertretung auf Landesebene sollten wir uns an Bestrebungen dieser Art beteiligen, denn unabhängig von der Bundesschülerkonferenz, sollten wir auch auf Bundesebene aktiv sein und es ist wünschenswert auf Bundesebene eine Schüler*innenvertretung zu etablieren, die unseren Ansprüchen entspricht,

Diese Arbeit würde Zeit in Anspruch nehmen, die uns bei unseren anderen Projekten fehlt. Alleine zur Erarbeitung eines Konzepts sprächen wir vermutlich von einer mehrtägigen gemeinsamen Klausurtagung mit den anderen Schüler*innenvertretungen auf Landesebene, unserer Meinung sollte es uns das aber wert sein.

Weiter Begründung erfolgt mündlich und auf Anfrage